



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Ruth Müller, Susann Biedefeld SPD**

Gut leben in der Stadt I

Öffentliche Sicherheit in Bayern – Sicher leben in der Stadt

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, stärker auf eine sicherheitsrelevante Gestaltung des öffentlichen Raums zu achten. Dafür sind neben der Polizei verstärkt auch die Stadtplanung und die Wohnungswirtschaft in Konzepte für mehr öffentliche Sicherheit in den Städten und Gemeinden einzubeziehen.

Begründung:

Es gibt einen Zusammenhang zwischen Kriminalität und der öffentlichen Umgebung. Um öffentliche Sicherheit in Städten und Gemeinden zu stärken, müssen Tatgelegenheiten im öffentlichen Raum reduziert werden. Dabei müssen tatfördernde Rahmenbedingungen beseitigt werden. Zum Beispiel sind oft Neubaugebiete von Einbruchswellen betroffen. Dies rührt daher, dass sich tagsüber, wenn viele in der Arbeit sind, oft wenige Leute im öffentlichen Raum aufhalten. Dies schafft Tatgelegenheiten für Einbrecher. In der Nähe von Geschäften, Cafés, Schulen und Kindergärten, wo sich viele Menschen aufhalten, sind Tatgelegenheiten dagegen reduziert.

Des Weiteren muss darauf geachtet werden, welche Orte von Bewohnern als unsicher bzw. als sogenannte Angsträume empfunden werden oder tatsächliche Gefahrenorte sind, an denen es statistisch häufig zu Kriminalität kommt. Diese sind meistens durch einen Mangel an sozialer Kontrolle gekennzeichnet, sind unüberschaubar und bieten Versteckmöglichkeiten, sind schlecht beleuchtet und möglicherweise verwahrlost. Hier können bereits eine bessere Beleuchtung und die Beseitigung von Müll einen Beitrag leisten. Wichtig ist jedenfalls ein gemeinsamer Blick von Stadt, Anwohnern und Polizei auf das Quartier.